Solidarisch, gerecht, demokratisch, friedlich

Anstoß

DIE LINKE. SAALFELD-RUDOLSTADT

www.die-linke-saalfeld-rudolstadt.de

LINKE Nachrichten, Termine und Meinungen aus Land und Region

Juli 2015

Profit vor Profil

Bei der deutschen Post wird gestreikt. Siemens will Stellen im großen Stile abbauen. Bei der Bahn wird geschlichtet. Gerechtigkeitsbewusstsein bei deutschen Großkonzernen scheint schlichtweg nicht vorhanden zu sein. Anstatt Profil zu zeigen wird auf Profit gesetzt. Der sozialen Verantwortung, die Arbeitgeber nach dem Grundgesetz innehaben, entziehen sich viele Konzerne, um Anlegern zu genügen und eigene Gehälter und Boni ins Unermessliche zu treiben. Das ist Ausbeutung in Reinkultur!

Die Bahn hatte mit Blick auf das Tarifeinheitsgesetz der Bundesregierung die Forderungen der GdL in den Tarifverhandlungen ausgesessen und befindet sich bis heute (24.06.15) in Schlichtungsgesprächen mit unserem Ministerpräsidenten Bodo Ramelow und Brandenburgs Ex-Ministerpräsidenten Matthias Platzeck (SPD).

Den berechtigten Forderungen der Lokführerinnen und Lokführer und des weiteren Bahnpersonals ist die Konzernleitung trotz mehrerer Angebote ausgewichen. Es bleibt zu hoffen, dass die Bahn nicht allein auf das Tarifeinheitsgesetz hofft, sondern auch die Interessen der Mitarbeiter_innen toleriert, die in der GdL organisiert sind und diese in die Lösungsfindung einbezieht.

In Thüringen haben zudem am 10. Juni 120 Mitarbeiter_innen im Briefverteilzentrum der Deutschen Post in Erfurt die Arbeit niedergelegt. Alle bisherigen Tarifrunden, in denen die Gewerkschaft ver.di 5,5% mehr Lohn sowie eine Verringerung der Wochenarbeitszeit von 38 auf 36,5 Stunden fordert, sind ergebnislos verlaufen. Wichtiger Bestandteil der Verhandlungen war zusätzlich, rund 6.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der bundesweit gegründeten regionalen Gesellschaften für die Paketzustellung in den Haustarifvertrag der Post zu übernehmen.

Es ist ein Unding, dass die Deutsche Post aus ihrem eigenen Haustarifvertrag flieht, indem sie die Mitarbeiter_innen in Regionalgesellschaften outsourct und deren Arbeit dort wesentlich schlechter vergütet. Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit – das muss auch für einen Konzern wie die Post gelten. Bei bisher sechs Verhandlungsrunden hat sich der Konzern nicht ein Stück weit auf die Forderungen der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di zubewegt und auch deren Kompromissangebot unbeantwortet gelassen.

Das zeugt lediglich von der nicht vorhandenen Bereitschaft, lösungsorientiert und kompromissbereit in die Verhandlungen einzutreten. Bei einem Unternehmen mit Milliarden-Umsätzen und -Gewinnen ist das schlichtweg eine Dreistigkeit. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie deren zuständige Gewerkschaft haben meine volle Unterstützung für die Arbeitsniederlegungen, damit sich die Deutsche Post wieder an den Verhandlungstisch begibt, und zwar aus genau diesem Grund: um zu verhandeln.

Auch für den heiß diskutierten Stellenabbau bei Siemens habe ich kein Verständnis. Die Leitung des Großkonzerns Siemens muss sich klar darüber sein, dass sie Verantwortung für ihre Beschäftigten trägt.

Einfach Stellenabbau zu betreiben, um Auftragstiefs zu kompensieren, ist für einen Arbeitgeber vielleicht der einfachste Weg – aber auch der unverantwortlichste gegenüber den Mitarbeiter_innen. Lt. Aussage der Beschäftigten wird die Arbeit nicht weniger (MDR Thüringen Journal 9. Juni 2015). Hier könnte Siemens schon heute Profil zeigen und nicht nur den Anlegern Rechnung tragen sondern auch den Arbeiterinnen und Arbeitern. Siemens könnte beispielsweise in Aus- und Weiterbildung und andere Qualifizierungen investieren. Nur mit den Mitteln der konsequenten Mitarbeiterschulung und der Ausbildung junger Menschen kann ein Unternehmen zukunftsfähig sein und bleiben.

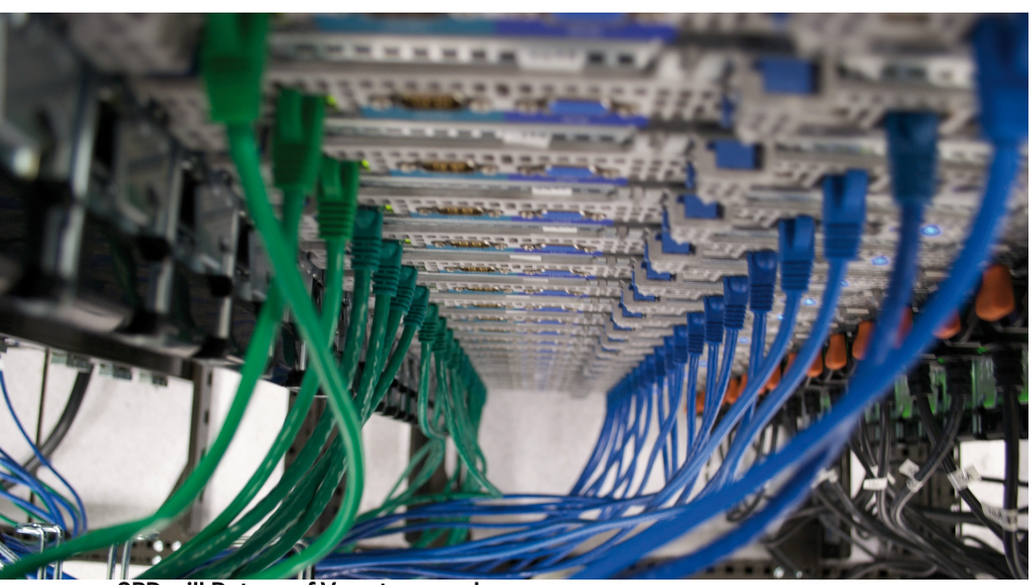
Rainer Kräuter

Bild: Trillerpfeife, erhältlich im LINKEN online-shop - www.shop.die-linke.de - MediaService GmbH Druck und Kommunikation

„Vermeintliche Grundrechte“

SPD im Bund will Bürgerrechte einschränken, damit es die CDU nicht irgendwann schlimmer macht

Wenn die SPD schon umfällt, dann nicht mit einem leisen Wimmern, sondern mit einem lauten Krachen. Kurz gab es noch einmal eine kleine Möglichkeit, dass die Sozialdemokraten zur Besinnung kommen, was die Vorratsdatenspeicherung betrifft, als es an der Parteibasis anfing, zu brodeln. Insgesamt sprachen sich elf Landesverbände, darunter der Thüringer, und 100 weitere Gliederungen in der SPD gegen den Gesetzesentwurf zur Massenüberwachung aus, den die Parteiführung um Gabriel um jeden Preis durchbringen wollte. Ein Parteikonvent sollte entscheiden und inzwischen weiß wahrscheinlich jeder, dass sich dieser Konvent für die Vorratsdatenspeicherung ausgesprochen hat und dabei das Kunststück vollbrachte, die Voten der Landesverbände zu ignorieren, die immerhin rund 80% der Parteimitglieder repräsentieren.



SPD will Daten auf Vorrat sammeln Foto: RobH wikimedia.commons CC-BY 2.5

Der fade Nachgeschmack dieses kleinen Parteitags der SPD mehrt sich noch, wenn Sozialdemokraten davon berichten, dass offenbar Delegierte auf der Tagung zu Einzelgesprächen über ihre Zukunft in der Partei geladen und auch die Auswirkungen des Stimmverhaltens eines Landesverbandes auf die Wahlkampffinanzierung durch die Mutterpartei besprochen wurden. Hinzu kam die Drohung des Parteivorsitzenden Gabriel, dass er hinschmeißen würde, wenn das Überwachungsinstrument nicht durchgewinkt werden würde. Das ist der faulige Geschmack einer dahinsiechenden innerparteilichen Demokratie in einer Partei, die die Zeiten der Basta-Politik eigentlich hinter sich gelassen haben wollte.

Doch als würde das nicht schon reichen, wird es nun noch schlimmer. Das beginnt schon bei den Rechtfertigungen, die die SPD für ihre Entscheidung anbringt. Die ehrlichste Begründung stammt wohl von Justizminister Heiko Maas, der durch seine eigene Kehrtwende in Sachen Vorratsdatenspeicherung das ganze erst ins Rollen gebracht hatte (siehe meinen Beitrag im Mai-Anstoß). Sein Hauptargument auf dem Parteikonvent war wohl, dass es die CDU irgendwann schlimmer machen würde, wenn sich die SPD jetzt nicht daran beteiligen würde. Das wäre insbesondere dann der Fall, wenn es zu einem Terroranschlag käme. Aber auch dieses Argument ist schon fatal: Denn es gab ja bereits Terror in Deutschland, den des NSU. Alles, was die Vorratsdatenspeicherung in diesem Falle bewirkt hätte, wäre ein noch tieferes Durchleuchten der Opferfamilien, gegen die ja hauptsächlich ermittelt wurde, weil man rechte Ideologie bereits vorzeitig als Motiv ausgeschlossen hatte und lieber von „Ausländerkriminalität“ ausgehen wollte. Das Beispiel macht deutlich, dass die Vorratsdatenspeicherung gute Polizeiarbeit nicht ersetzen kann, aber schlechte Ermittlungen umso schlimmer machen wird.

Toppen kann das noch der Innenminister von Baden-Württemberg, der sich nicht zu dumm dafür ist, zu behaupten, dass man doch gern ein paar „vermeintliche Grundrechte“ aufgeben könne, wenn man doch wenigstens einen Kriminellen bekommen würde. Wie bezeichnend ist es eigentlich, wenn ein Innenminister von „vermeintlichen Grundrechten“ spricht, wie traurig, wenn der sich dann auch noch Sozialdemokrat schimpft. Bemerkt man dann noch, dass er als Minister vermutlich von dieser Überwachung ausgenommen werden soll (auch wenn eine technische Umsetzung davon ziemlich problematisch erscheint), dann wird die Bigotterie dieser Aussage umso deutlicher.

Aber das eigentliche Problem geht nun erst los. Kaum ist mit der Entscheidung der SPD klar, dass die Massenüberwachung wieder eingeführt wird, wird deren Ausgangslage bereits verschoben. Anfangs war vor allem von Maas immer die Rede, dass die Vorratsdatenspeicherung ausschließlich für die Aufklärung von schwersten Straftaten herangezogen werden soll, also in erster Linie Mord und terroristische Anschläge. Kurz vor dem SPD-Konvent sprach Bundesinnenminister de Maizière schon nur noch von schweren Verbrechen. Gabriel und andere bringen inzwischen Beispiele, was man so alles gern mit der Vorratsdatenspeicherung aufklären möchte - bis hinein in den Bereich der einfachen Ordnungswidrigkeit. Von schwersten Verbrechen ist jedenfalls keine Rede mehr. Wenig überrascht, dass sich der Bund Deutscher Kriminalbeamter ähnlich äußert und die Daten für alles Mögliche benutzen möchte.

Der Kampf ist noch nicht endgültig verloren. Zwar ist nun nicht mehr anzunehmen, dass aus der SPD im Bund noch entsprechende Gegenwehr gegen die Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung kommen wird. Es werden demnach wieder die Gerichte regeln müssen, die anlasslose Überwachung zurückzunehmen. LINKE, Grüne und FDP im Bund bereiten Klagen bereits vor. Und auch die Thüringer Regierungskoalition hatte in ihrem Koalitionsvertrag festgehalten, alle möglichen Mittel auszuschöpfen, die Wiedereinführung zu verhindern, was den Gang durch die Gerichte einschließt.

Daneben muss aber der Druck auf die SPD steigen, sich nicht weiter als Erfüllungsgehilfe einer bürgerrechtsfeindlichen CDU-Politik zu machen. Was wir aber noch mitnehmen sollten, ist die Lehre für die innerparteiliche Demokratie, dass es ziemlich schädlich für die Sache sein kann, wenn Delegierte zu einem Parteitag zu einem großen Teil aus Abgeordneten und Funktionären bestehen.

Stefan aus dem Haskala

Neues aus dem Kreisvorstand

Die Vorstandsitzung fand am 15.06.2015 im Haskala Saalfeld statt. Schon vorher hatten sich einige kommunale Abgeordnete und Kreisvorstandsmitglieder mit Frank Kuschel getroffen, um über Kommunalfinanzen zu sprechen. Diese sehr informative Veranstaltung soll an anderer Stelle ausgewertet werden. Doris und Manfred berichteten vom Bundesparteitag und erläuterten einige Hintergründe für die Änderungen im Statut und der Finanzordnung.

Unsere Finanzen im Kreis sind geordnet und stehen auf einer soliden Basis, auch wenn noch nicht alle Kosten vom 1. Mai und dem Sommerfest abgerechnet waren.

Die Kandidatengewinnung für den neuen Kreisvorstand war ebenfalls Thema. Im Sinne dieser Strategie findet am 29.06.2015 ein Treffen des Kreisvorstandes mit Genossinnen und Genossen unter 50 statt, um mögliche Potentiale zu erschließen und Interessen für die Parteiarbeit zu erfragen.

Die Wahl des neuen Kreisvorstandes, der Finanzrevisions- und Schlichtungskommission, der Mitglieder des Landesausschusses und der Delegierten zum Bundes- und zum Landesparteitag findet in einer Gesamtmitgliederversammlung am 07.11.15 in der Sportschule Bad Blankeburg statt, die erste Tagung des 5. Landesparteitages dann bereits eine Woche später (13 bis 15.11.15).

In den Informationen aus den Fraktionen berichtete Andreas Grünschneder aus dem Kreistag und über die geplante Beratung mit den Piraten zum Breitbandausbau. Negativ angemerkt wurde, dass der Landrat den Auftrag zur Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes für den Kreis nicht umsetzte und nun Fördergelder verfallen sind. Götz Kölbl berichtete kurz aus dem Stadtrat Rudolstadt. Hier war ein gemeinsamer Antrag von der Partei DIE LINKE, der SPD, den Grünen und den Freien Wählern zur Wiedereinführung einer Baumschutzsatzung in Rudolstadt knapp gescheitert.

Der Punkt Sonstiges umfasste wieder ein breites Spektrum von Aufgaben. So erhält der Kreis in den nächsten Tagen 5.000 Zeitungen „Linksblick“. Diese sollen sowohl in Briefkästen verteilt werden, als auch auf Infoständen genutzt werden.

Diskutiert wurde ein Angebot aus Bad Blankenburg, den Anstoß künftig nicht mehr in der Geschäftsstelle im Haskala versandfertig zu machen. Das könnte zur Entlastung der Geschäftsstelle stattdessen im Wahlkreisbüro von Rainer Kräuter in Bad Blankenburg erfolgen. Für die Mitarbeit in der Geschäftsstelle wird unbedingt Unterstützung benötigt. Hilfsbereite melden sich bitte in der Geschäftsstelle oder bei Birgit Pätzold. Die Genossinnen und Genossen vom Seniorentreff, der an jedem 2. Dienstag im Monat um 14.00 Uhr in der Gaststätte „Zum Pappenheimer“ in Saalfeld stattfindet, möchten noch einmal alle Genossinnen und Genossen aus dem Kreis herzlich einladen. Es wäre schön, wenn sich noch mehr Interessierte aus dem gesamten Kreisgebiet beteiligen.

Simone Post

Morddrohung

In einem Brief wird Katharina König (MdL) gedroht: » Wir werden dafür sorgen, dass du linke antideutsche Ratte deinen 38. Geburtstag nicht mehr erleben wirst «

29.06.2015 - Pressemitteilung

Angesichts einer Morddrohung gegen Katharina König betont Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, die Solidarität der Fraktion mit der Abgeordneten sowie die volle Unterstützung. Der Inhalt des anonymen Schreibens deute auf Neonazis als Täter.

„Es ist nicht die erste Drohung gegen Katharina König, die Sprecherin unserer Fraktion für Antifaschismus“, betont Hennig-Wellsow. Die Linksfraktion nehme die Drohung sehr ernst und habe natürlich die Polizei eingeschaltet.

„Katharina König und ihr Wahlkreisbüro stehen regelmäßig im Fokus der Neonazi-Szene“, so Hennig-Wellsow weiter. Im Februar 2015 habe ein Angeklagter im Verfahren gegen die Ballstädt-Schläger eine Fotomontage verbreitet, in der er der Abgeordneten einen beißenden Kampfhund an den Hals wünschte. Im April 2015 verbreitete ein Saalfelder Rocker, der die Abgeordnete bereits im Landtagswahlkampf mit einer Eisenkette bedroht hatte, auf Facebook Drohungen gegen König. Noch während der Anreise zum Neonazi-Aufmarsch am vergangenen Samstag in Jena habe der Anmelder beim Kurznachrichtendienst Twitter Gewaltphantasien geäußert, wonach er sich den Einsatz von Phosphorsäure gegen König wünsche. Das Wahlkreisbüro der Abgeordneten sei immer wieder Ziel von Sachbeschädigungen. Ende 2014 habe es vier Attacken binnen sechs Wochen gegeben.

Vorgänge wie diese machten die Dringlichkeit der Forderung aus dem Koalitionsvertrag besonders deutlich, stärker als bislang gegen jede Erscheinungsform von Neonazismus vorzugehen, so Hennig-Wellsow. Das müsse Projekte zur Stärkung der Demokratie ebenso einschließen wie ein repressives Vorgehen gegen Neonazi-Organisationen, bis hin zu Verboten.

Katharina König Foto: Birgit Pätzold

Nach Waffen gaffen?

Gegen ein waffenstarrendes Europa!

Nachdem EU und NATO ihre Grenzen - langfristig und strategisch geplant - bis an die Grenzen Russlands gezogen haben und dabei das europäisch-asiatische Russland „vergessen“ und isoliert haben, treibt man den Spannungsprozess nun weiter voran, wobei sich die europäischen Regierungen - einschließlich eines sozialistischen Franzosen - willfährig in Geiselhaft nehmen lassen bzw. diese Prozesse zustimmend begleiten. Ich bin mir nicht sicher, ob das amerikanische Volk die militaristischen Schritte seines neuen Verteidigungsministers befürwortet - Völker sind i.d.R. friedliebend und sie wissen, warum.

Nachdem Amerika - es sei ihm gedankt - zwei Weltkriege (außerhalb des eigenen Landes) führen musste, sollte man dort eigentlich zur Genüge gelernt und gesehen haben, was Krieg für alle Menschen bedeutet. Darüber hinaus dürfte die Regierung der Vereinigten Staaten im eigenen Land genug zu tun haben: Polizistenmorde an farbigen Bürgern, höchste Mitverantwortung für die weltweite Finanzkrise, ein merkwürdig demokratisches (?) Wahlsystem, stapelweise nicht gehaltene Wahlversprechen u.v.m. zeigen, dass es dort viel zu ändern, zu verbessern gibt. Ich bin der Auffassung, man sollte besser vor der eigenen Tür schaufeln, bevor man mit dem Besen zum Nachbarn geht... Stattdessen spielt man nach wie vor den Weltgendarm und verteidigt - wie in hunderten dusseligen Filmen bereits projiziert - das „Gute“ gegen das „Böse“. Das gute, demokratische Amerika-Europa gegen das böse diktatorische Russland!? Man muss es nur immer wieder daherreden, irgendwann werden es die Leute schon glauben – und dann kann man sie bis zum geistigen Vakuum weiter manipulieren. Wenn es nicht zum Weinen wäre, müsste man sie wegen ihrer uralten Militärdoktrin pausenlos auslachen! Putin wird vor Angst vor den drei „Panzerchen“ und den „Streit-Kräften“ vor seiner Haustür schlottern. Was für ein selten dämliches, kurzsichtiges Verhalten! Haben wir denn auf dieser Welt nicht genug Probleme, die wir ausschließlich global und gemeinsam lösen müssen?

Bild: CC0 (gemeinfrei)

Yes, we can!? Wie wäre es mit mehr Gelassenheit und Verständnis?

Und nun? Die US-Waffen sind bereits in Deutschland oder gar schon im Osten. Säbelrasseln, Aufrüstung, Drohgebärden... In solchen Fällen fällt mir immer der gute alte Einstein ein: „Zwei Dinge sind unendlich: Das Universum und die menschliche Dummheit, aber bei dem Universum bin ich mir noch nicht ganz sicher.“ Gegen die Stammtische wird man nichts machen können, aber wenn Regierungen davon ergriffen werden, dann wird es gefährlich. Deutschland und Osteuropa als amerikanisches Waffenlager - genau das ist es, was wir jetzt brauchen... Als ob wir in Europa nicht schon genug davon hätten! Aber vielleicht können die baltischen und ukrainischen Militärs ja besser (amerikanische) Panzer fahren (...und schießen) als die Russen die ihrigen. Nach noch ein paar Manövern in Deutschland wird`s schon klappen... Und was kostet uns der Regierungskäse? Ein halbes G7-Treffen oder ein ganzes?

Ehrlich gesagt: Das deutsche Volk, die Bürger dieses Landes können kein Interesse daran haben, wiederholt in einen kalten oder gar heißen Krieg hineingezogen zu werden. Im Gegenteil! Aber wo sind die Gegenreaktionen? Wo die Proteste? Wo sind die Warnungen?

Nach Jahrhunderten Krieg immer noch kein Frieden in Europa?

Es ist nicht gut um unsere schöne Welt bestellt.

Entrüstet euch. Es ist an der Zeit.

Andreas Grünschneder

Liebe Freunde,

im Mai 2010 habe ich eine neue Version meines Willy gesungen.
Da hieß es:
„Mei Willy. Du weißt es ja eh schon. Immer wenn ich richtig wütend bin, kumm i wieder zu dir und hol mir deinen Rat. Und i bin wieder mal stocksauer, denn was da zur Zeit mit unseren Freunden den Griechen getrieben wird spottet jeder Beschreibung.
Wieder mal schafft es eine Clique superreicher Soziopaten, ihre Gewinne auf Kosten derer zu vermehren, denen sie diese Gewinne überhaupt erst verdanken.
Lohnabhängige, kleine Gewerbetreibende, Bezieher von Renten und Transferleistungen – in Geiselhaft genommen für die Machenschaften der Kapitalfunktionäre und Regierenden.
Und uns wird das so verkauft, als wäre die einzige Möglichkeit, den Euro zu retten, wenn man uns das Wenige aus der Tasche zieht, das sie uns noch gelassen haben.
Und jetzt kommen all diese angepassten Volks- und Betriebswirtschaftler und erzählen immer denselben verlogenen Blödsinn, anstatt endlich mal das auszusprechen, was schon lange fällig ist:
Nehmt es den Reichen, bevor sie sich an jeder Krise weiter bereichern und hört auf, uns zu verarschen.....Im Zeitraum von 1990 bis 2008 kaufte Griechenland Kriegsmaterial im Werte von 75 Milliarden Dollar. Und die Rüstungskäufe Ankaras lagen doppelt so hoch!
Athen erhält den Großteil seiner Waffen aus Deutschland und Frankreich. Leopard Panzer von Krauss Maffei und Kriegsschiffe von Thyssen-Krupp.....Dieser Kapitalismus ist nicht mehr zu retten, er ist ein Zerstörungsprojekt, das auf der Erniedrigung der Frauen und Armen basiert und durch Kriege immer neue Märkte schaffen und bereits erschaffene Werte künstlich wieder zerstören muss.....
Die Welt ist wahnsinnig geworden Willy, und dieser Wahnsinn wird uns auch noch als Demokratie verkauft.
Und drum werd ich jetzt Grieche!!!
Das ist ihr größter Trick: sie wollen Solidarität verhindern – und hoffen, uns zu spalten.
Und diese Solidarität ist auch ihre größte Angst. Denn für Mitgefühl ist kein Platz in den verhärteten Herzen der Superreichen.
Heute, 5 Jahre später, schreibt Sahra Wagenknecht in der „jungen Welt“:
„Die Ukraine bekommt Kredite, damit eine rechte Regierung Waffen für einen sinnlosen Bruderkrieg kaufen kann. Griechenland lässt man am ausgestreckten Arm verhungern, weil man eine linke Regierung in die Knie zwingen will.“
Verbreitet bitte diesen klugen und wichtigen Beitrag von Sahra Wagenknecht!

Konstantin Wecker
am 12.Juni via facebook

Foto: facebook-Auftritt Konstantin Wecker

Unschuldsvermutung

Offener Brief an den Vorsitzenden der GdP

Alle 7 bis 8 Jahre stehen die Polizeien der Länder, die Bundespolizei und viele tausende Demonstranten in einem speziellen Konflikt, wenn der G8 oder jetzt G7 in Deutschland ausgerichtet wird. Vor diesem Hintergrund habe ich mich am 5. Juni dieses Jahres in einem offenen Brief an den Bundesvorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei, deren Mitglied ich bin, gewandt. Der Brief ist bis dato nicht beantwortet...

Brief an den Vorsitzenden der GdP
Oliver Malchow

Lieber Oliver,

schon vor dem Gipfel der G7-Staaten gibt es aus beinahe allen politischen Lagern gerechtfertigte Zweifel am Sinn und der Zweckmäßigkeit des Gipfels an sich – insbesondere weil Wladimir Putin explizit nicht eingeladen wurde. Bei Themen wie Klimaschutz und besonders dem „Krim-Konflikt“ ohne Beteiligung Russlands ernsthafte und lösungsorientierte Gespräche zu führen, ist völlig absurd.

Das sehe nicht nur ich als gewerkschaftspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag so, sondern auch viele der durchaus unterschiedlichen Gruppen der Protestler, die sich in Garmisch-Partenkirchen zum gezielten Widerstand gegen den Gipfel treffen.

In einem System, das den Profit über den Menschen stellt, das sozialen Zusammenhalt und ein gesundes Miteinander unterminiert statt fördert, in dem die Ungerechtigkeit oftmals zum Himmel schreit, ist ein friedlicher Protest gegen das Treffen der Staatschefs, die eine große Mitschuld an den Zuständen in der Welt tragen, nicht nur ein unabdingbares Recht sondern auch die Pflicht demokratischer Bewegungen und Organisationen. Den Demonstrantinnen und Demonstranten, die sich für Solidarität der Völker und menschenwürdige Lebensverhältnisse überall auf der Welt, gegen Krieg, Rassismus, Ausbeutung und vieles weitere engagieren, gehören mein größter Respekt und meine Anerkennung.

In diesem Zusammenhang verwundern mich als Polizeibeamter a.D. Deine Äußerungen auf der GdP-Homepage. Dort heißt es: „Es sind leider die Erfahrungen vergangener Ereignisse, dass die Gäste solcher Treffen einer hohen Gefährdung ausgesetzt sind, die eingesetzten Polizistinnen und Polizisten mit menschenverachtender Gewalt angegriffen werden und das Hab und Gut von Bürgerinnen und Bürgern beschädigt wird. Teile der Protestkultur haben sich schon vor Jahren vom demokratischen Konsens verabschiedet.“

Ich denke, dass es unfair gegenüber den vielen friedlichen Demonstrant_innen ist, einen gerechtfertigten Protest von vornherein zu kriminalisieren. Anstatt die Regierungsseite für die Durchführung des Gipfels in Elmau zu kritisieren, wird von Seiten der Gewerkschaft der Polizei der randalierende und gewaltbereite Mob an die Wand gemalt. Tatsächlich stünden logistisch und finanzschonend wesentlich einfachere Möglichkeiten zur Verfügung, den Gipfel durchzuführen, z.B. das Bundeskanzlerin-Amt.

Ich erinnere Dich an die Unschuldsvermutung bis zum Beweis der Schuld. So sind alle Demonstrationsteilnehmer_innen seitens der Polizei von vornherein als unschuldig und friedlich anzusehen. Die GdP sollte, ausgehend von den Erkenntnissen aus dem G8-Gipfel, der 2007 in Heiligendamm stattfand, besser darauf hinwirken, dass Provokateure des Staates, die nachweisbar Anteil an den damaligen Gewaltausbrüchen hatten, keinen Zutritt und kein Betätigungsfeld finden – nicht nur um die Kolleginnen und Kollegen zu schützen. Und ebenso appelliere ich an die Teilnehmer_innen der Proteste, dass sie Verständnis für die Polizistinnen und Polizisten aufbringen. Denn auch in Gefahrensituationen sind eine Beamtin und ein Beamter lediglich Menschen in Uniform und ihre Handlungen sind ebenso wie die der Demonstrant_innen mit der Unschuldsvermutung zu bewerten. Das heißt, sie handeln bis zum Beweis des Gegenteils, recht- und verhältnismäßig, notwendig und erforderlich.

Ich erwarte vom Dienstherrn der eingesetzten – auch Thüringer – Polizeibeamt_innen, dass die arbeitszeitrechtliche Vorschrift zur Ruhezeit von 11 Stunden zwischen den Einsatzschichten eingehalten wird. Dort, wo das auf Grund der polizeilichen Lageentwicklung nicht möglich ist, erwarte ich die Anerkennung der tatsächlichen Ruhezeit als Erholungs- und Erfrischungszeit. Damit ist diese Zeit ebenfalls als Dienstzeit anzuerkennen.

Gern wäre ich als Beobachter zu den Protesten gegen den Gipfel gefahren, nehme aber am zeitgleich stattfindenden Bundesparteitag meiner Partei, der LINKEN, in Bielefeld teil.

Der Protest gegen den G7-Gipfel ist nicht nur unterstützenswert sondern notwendig, um den Regierenden zu zeigen, dass sie nicht im Interesse der gesamten Gesellschaft entscheiden, dass sie oftmals lediglich Minderheiten vertreten. Ich wünsche den Protestlern sowie den Kolleginnen und Kollegen der Polizei ein friedliches, politisch-kämpferisches und insgesamt erfolgreiches Gipfel-Wochenende! Ein Anfang ist ja gemacht.

Rainer Kräuter, Mitglied des Landtages
Fraktion DIE LINKE

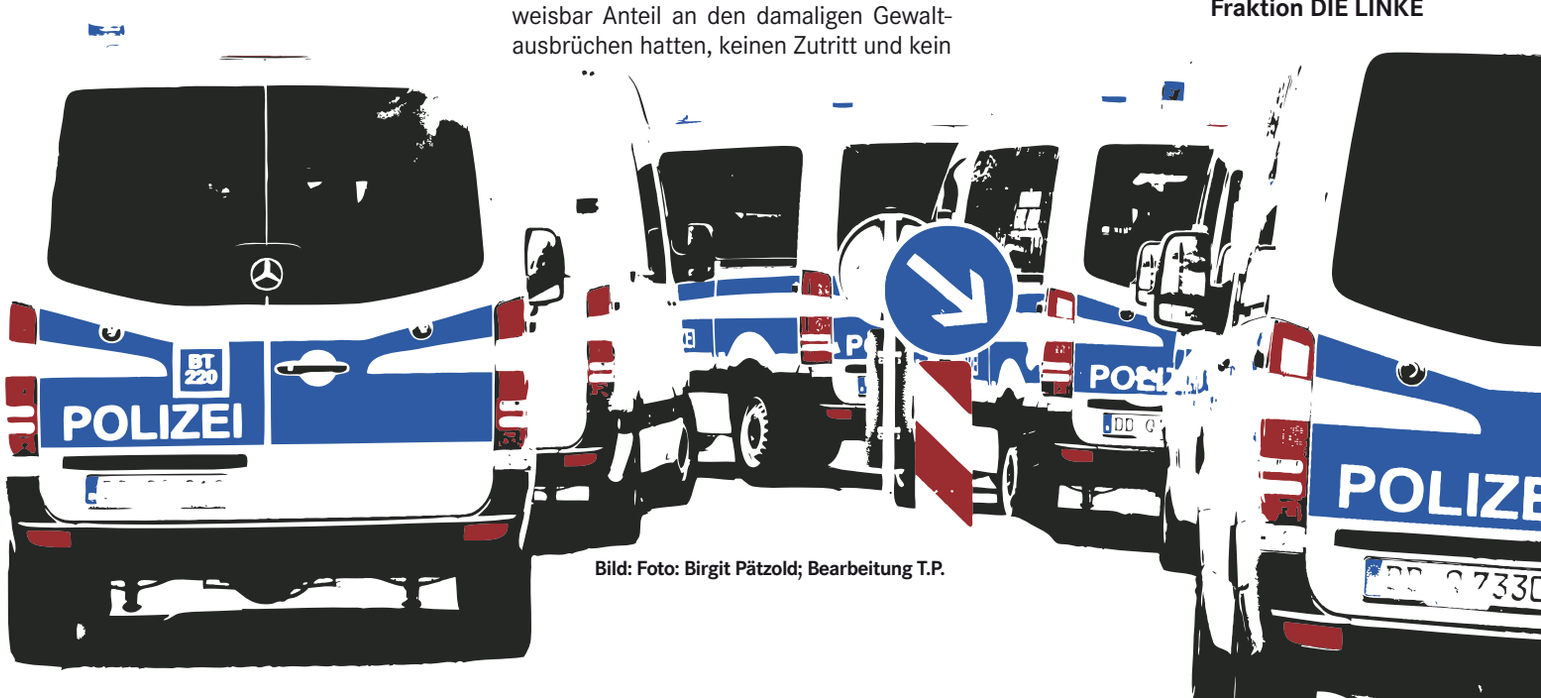


Bild: Foto: Birgit Pätzold; Bearbeitung T.P.

Gibts doch gar nicht: Bielefeld

Eine Parteitagsnachlese

Die Stadt, die es nicht gibt – so wird Bielefeld, die Stadt in Ostwestfalen oft genannt. Das Ganze geht auf Studenten zurück, die sich mit Verschwörungstheorien beschäftigten und diese „Theorie“ über das Internet verbreiteten. Seitdem kursiert dieser Name und das Gerücht - die Bielefelder selbst empfinden das aber durchaus nicht als Beschimpfung oder anders gearteten Nachteil. Das jedenfalls wurde im Grußwort an die 3. Tagung des 4. Parteitages der LINKEN am 05. und 06. Juni 2015 durch den Oberbürgermeister der Stadt (SPD) deutlich. Er lud alle Delegierten und Gäste ein, sich selbst davon zu überzeugen, was die Stadt für Sehenswürdigkeiten zu bieten hat. Uns blieb da natürlich zu wenig Zeit - wie meist bei solchen Anlässen.

Der Parteitag hatte u.a. das Ziel, die guten Positionen, die wir in den letzten Jahren bei den verschiedenen Wahlen erringen konnten, zu festigen und auf dieser Grundlage die Landtagswahlen 2016, u.a. in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, aber auch Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg vorzubereiten. Thüringen mit dem ersten linken Ministerpräsidenten wurde dabei mehrfach als Beispiel herangezogen. Und auch die nächsten Bundestagswahlen im Jahr 2017 warfen bereits ihre Schatten voraus. Der Begriff der „Haltelinien“ wurde dabei oft strapaziert, insbesondere natürlich von den Genossen, die generell Vorbehalte gegen eine Regierungsbeteiligung haben. Es ist ja auch ein „heißes Eisen“ – wir wissen, dass wir die Gesellschaft kurzfristig nicht grundlegend ändern können. Ist es da wirklich sinnvoll, innerhalb dieser vorgegebenen Strukturen Verantwortung zu übernehmen? Jede Beteiligung an irgendeiner Regierung bedeutet auch, Kompromisse einzugehen – wie weit darf man da gehen? Wir haben das ja auch schon in der Thüringer LINKEN teilweise schmerzvoll erfahren müssen, was eine Einigung zwischen verschiedenen Partnern in bestimmten Fragen bedeuten kann...

Im Leitantrag, der von unserer Vorsitzenden Katja Kipping in einer sehr kämpferischen Rede eingebracht wurde, ist das Ziel enthalten, die kommenden Wahlen auf mögliche weitere Regierungsbeteiligungen in den ostdeutschen Ländern und den Einzug in die „westlichen“ Parlamente auszurichten. Die nicht verhandelbaren Grundsätze, die auch im Programm unserer Partei formuliert sind, sollen dabei die Basis für die zu erstellenden Wahlprogramme sein. Das sind eben diese „Haltelinien“ – Antikriegspartei, Kampf für soziale Gerechtigkeit, keine Privatisierungen der öffentlichen Daseinsvorsorge, Kampf gegen Rassismus und Neofaschismus – die auch in möglichen Regierungsverhandlungen nicht zur Disposition gestellt werden dürfen. Dies gilt auch für etwaige spätere Verhandlungen auf höherer Ebene. Diesem Konsens wurde mit großer Mehrheit zugestimmt. Schließlich gibt uns ein großer Teil unserer Wählerschaft ihre Stimme auch dafür, in dieser Gesellschaft aktiv bestimmte Dinge zu verändern. Und dies bedeutet möglicherweise auch, trotz aller Kontroversen zum herrschenden System Verantwortung zu übernehmen. Ob der Weg von Erfolg gekrönt ist, wird sich am ehesten bei uns in Thüringen zeigen, die ersten Umfragen zur neuen Regierung sind jedenfalls durchaus hoffnungsvoll.

In der Tagesordnung standen danach einige Anträge zur Änderung von Statut und Beitragstabelle. Die Statutenänderung, die letztlich auch knapp mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit beschlossen wurde, beinhaltet den Verzicht unserer Partei auf Unternehmensspenden – Ausnahmen, die nicht politische Beeinflussung beinhalten dürfen, kann der jeweilige Landesvorstand beschließen. Die Beitragstabelle wurde insofern geändert, dass der Mindestbeitrag bei „normalen“ Mitgliedern zukünftig erst bei einem zur Verfügung stehenden Einkommen bis 500 € beginnt, dafür aber drei Euro beträgt. Lediglich für bestimmte Personengruppen, z.B. Schüler, Studenten und Empfänger von Hartz-IV, gilt weiterhin der Mindestbeitrag von 1,50 €.

Unser Zeitplan war an dieser Stelle bereits wieder – man kann fast sagen wie üblich – hoffnungslos im Verzug. Geschuldet war dies allerdings auch der Tatsache, dass der DGB-Vorsitzende Rainer Hoffmann als Gast zu uns kam und ihm selbstverständlich auch die Möglichkeit eines Grußwortes gegeben wurde. Immerhin könnte der DGB bei vielen unserer Politikansätze unser engster Verbündeter sein. Allerdings ähnelte das Grußwort von Rainer Hoffmann mit einer Länge von 35 Minuten eher einem Auftritt bei einer Kundgebung zum 1. Mai oder Ähnlichem.

Der nächste große Komplex, die Debatte über ein bedingungsloses, emanzipatorisches Grundeinkommen für alle Bürger, begann schon zwei Stunden später als geplant. Die Diskussion zu genanntem Thema wird in nächster Zeit sicher spannend werden, denn es gibt da innerhalb unserer Partei doch sehr verschiedene Haltungen. Das beginnt schon in der unmittelbaren Spitze – Katja pro, Bernd kontra. Auf jeden Fall wurde der Beschluss gefasst, uns weiter mit dem Thema zu beschäftigen.

Der dritte große inhaltliche Komplex, der ebenfalls noch am ersten Tag „durchgezogen“ wurde, war das Thema Kommunalpo-

Parteitag in Bielefeld - Foto: Birgit Pätzold

litische Leitlinien – das dann allerdings zu einer Zeit, wo der erste Tag des Parteitags schon fast beendet sein sollte. Ich finde, bei der Wichtigkeit des Themas – schließlich legen wir im kommunalen Bereich die Grundlagen für unsere Wahlerfolge – ein denkbar schlechtes Zeichen. Für uns als Thüringer Delegation sogar noch ungünstiger – nach wenigen Minuten mussten wir aufbrechen, da unser Bus zum Hotel in einer Bielefelder Vorstadt fuhr. Wenigstens unser Thüringer „Vorzeige-Kommunaler", der frühere Hildburghäuser Bürgermeister Steffen Harzer, war noch anwesend...

Der Sonntag begann mit Wahlen – die Finanzrevisionskommission und die Schiedskommission waren neu zu wählen. Durch das Prozedere der Einzelvorstellungen und notwendigen Regularien dauerte das Ganze auch wieder länger als geplant. So war es bald Mittag, als Bernd Riexinger, dessen Rede eigentlich schon für Sonnabend vorgesehen war, den Antrag für den Beschlussentwurf zu unserer bereits begonnenen Kampagne „Das muss drin sein" einbrachte. Auch er bekräftigte – wie schon Katja und einige Redner vor ihm – unsere Haltung zu den aktuellen innen- und außenpolitischen Schwerpunkten. Sowohl die gegenwärtigen Arbeitskämpfe in Deutschland als auch den bedrohten Frieden in Europa durch die unverantwortliche Politik der NATO-Staaten gegenüber Russland machte er zum Thema. Er stellte unsere Solidarität mit der griechischen Regierung heraus, die versucht, wirkliche Reformen zum Wohl der Bevölkerung durchzusetzen und somit das Land wieder voranzubringen, was ihr aber durch EZB und EU-Kommission fast unmöglich gemacht wird. Auch bei den nachfolgenden Rednern herrschte Konsens über die Notwendigkeit, mittels unserer Kampagne an der Seite der Werktätigen für ihre berechtigten Forderungen einzutreten und ein Signal für den Kampf um eine gerechtere Gesellschaft zu geben. Dazu wird es nach dem Sommer eine ganze Reihe von Aktionen, u.a. eine zentrale Großkundgebung am 10. Oktober in Berlin, geben. Es gab große Zustimmung und Unterstützung für die Kampagne und die darin geplanten Veranstaltungen, in der vor allem die Forderungen für mehr soziale Gerechtigkeit, bessere Arbeitsverhältnisse, ein gerechtes Lohn- und Einkommenssystem für alle Berufsgruppen und viele Dinge mehr artikuliert werden. Nach der Abstimmung darüber blieben noch eine Reihe von eingereichten Anträgen an den Parteitag zu behandeln, doch dazu kam es nicht mehr.

Die Zeit für „den großen Auftritt des kleinen Mannes" war da. Gregor Gysi trat ans Mikrofon und seine ersten Worte waren: „Dies wird das letzte Mal sein, dass ich vor einem Parteitag unserer Partei als Fraktionsvorsitzender zu Euch spreche". Man konnte die sprichwörtliche Stecknadel fallen hören, so still habe ich einen Parteitag der LINKEN glaube ich noch nie erlebt wie in diesen Minuten. Gregor kündigte an, im

Thüringer Delegation in Bielefeld - Foto: Birgit Pätzold

Herbst nicht wieder als Fraktionsvorsitzender zu kandidieren, sein Bundestagsmandat aber auf jeden Fall bis zum Ende der Wahlperiode auszufüllen. Weitere Entscheidungen über seine politische Zukunft will er im nächsten Jahr fällen. In einer fast einstündigen, teils sehr persönlichen und emotionalen Rede, dankte er seinen politischen Weggefährten, vor allem den Genossen, mit denen er die erste schwere Zeit nach der Wende gemeinsam für den Erhalt unserer Partei kämpfte. Er zeigte in seiner unnachahmlichen Art die wichtigen Fragen der Gegenwart auf und rief den Genossen am Schluss angesichts des derzeit recht guten Ansehens der LINKEN in der Gesellschaft zu:„Macht was draus". Als er zwischendurch auf seine Familie und Freunde zu sprechen kam, für die er in all den Jahren viel zu wenig Zeit erübrigen konnte, merkte man, wie nahe ihm das ging. Seine unterdrückten Tränen wurden mit viel Beifall honoriert. Am Ende bekam Gregor stehende Ovationen, er musste mehrfach wieder auf die Bühne und erst nach etwa 20 Minuten konnte es weiter gehen. Aber was hieß jetzt weitergehen. Die Zeitleiste zeigte sowieso schon das geplante Ende des Parteitages an und nach Gregors Auftritt war kaum noch jemand in der Lage, effektiv zu arbeiten. Folgerichtig wurden auf Antrag der Antragskommission die noch ausstehenden Anträge an den Parteivorstand zur Behandlung überwiesen. Das Schlusswort unseres Bundesgeschäftsführers und das gemeinsame Singen der Internationale (aber nur die erste Strophe) beendeten einen sehr interessanten und vielseitigen Parteitag, von dem man später vielleicht auch einmal sagen wird „...und ich bin dabei gewesen".

Soweit eine kurze Reminiszenz zu unserer Teilnahme als Eure Delegierte zum Parteitag der LINKEN. Solltet Ihr Interesse haben, noch einiges mehr zu inhaltlichen Schwerpunkten oder den Dingen „am Rande" zu erfahren, könnt Ihr uns gern in Eure Basisgruppen oder zu ähnlichen Zusammenkünfte einladen. Übrigens – es gibt sie wirklich – die Stadt Bielefeld, wir waren da!

Manfred und Doris

Zitat des Monats:

„Ich habe eine Bitte an Euch: Macht aus alledem was draus!"

Gregor Gysi, Rede auf dem Bielefelder Parteitag am 7.6.15

Wie kann man nur so vergesslich sein?

Einige der CDU-Abgeordneten im Landtag können es offensichtlich nicht verwinden, dass sie nicht mehr an den Hebeln der „Macht“ hantieren können. (Die Macht hat ja in der bürgerlich parlamentarischen Demokratie wohl das Kapital, siehe auch die geheimen Verhandlungen über das Freihandelsabkommen TTIP. Die Parteien stellen doch nur die Regierung.) Dabei vergessen die Abgeordneten der CDU, dass ihre Partei über 25 Jahre die Politik im Land bestimmt hat.

Da wirft ein Abgeordneter Katharina König vor, zu einer Straftat am 1. Mai in Salfeld aufgerufen zu haben. Es ist schon absurd: ein Vierteljahrhundert hat diese „Volkspartei“ die Rahmenbedingungen geschaffen, dass sich in Thüringen der braune Mob ungehindert organisieren konnte. Da wurden der Thüringer Heimatschutz und die Mörderbande des NSU mit Steuermitteln durch den „Verfassungsschutz“ (Welche Verfassung schützte der eigentlich?) aufgepäppelt und heute plustern sich die Herrschaften über den Aufruf zum Schutz vor den Faschisten auf. Wo bleibt da die christliche Demut? Oder gilt der Inhalt der Bergpredigt nicht mehr für diese Politiker? Von Albert Schweitzer stammt die Aussage: „Wer glaubt, ein Christ zu sein, weil er die Kirche besucht, irrt sich. Man wird ja auch kein Auto, wenn man in die Garage geht.“

Für mich ergeben sich zum Heute Parallelen zu den Zuständen in der Weimarer Republik. Ein Twitter-Eintrag soll den Anlass geben, die Staatsanwaltschaft in Aktion zu bringen, damit man den Linken wiedermal zeigen kann, wer Herr im Hause ist. Wären die Herrschaften nur früher bei der Gefahr von rechts so aktiv gewesen. Auch damals wurde die Gefahr, die von den Faschisten ausging, verharmlost.

Dass die Polizei am 1. Mai in Saalfeld so versagt hat, liegt nach meiner Meinung nicht an der zu geringen Anzahl von Polizisten, sondern in der Ausrichtung der Sicherheitsorgane während der Regierungszeit der CDU. Es wird Zeit, dass die jetzige Regierung da für eine grundlegende Änderung sorgt, damit beim nächsten Aufmarsch der ewig Gestrigen so etwas wie in Saalfeld und Weimar nicht wieder vorkommt. Daran muss sich die linke Regierung messen lassen. Denn was am 1. Mai geschah, ist eine Einladung zum nächsten Aufmarsch der Neonazis in Saalfeld.

J. Powollik, BG der VVN-BdA SLF-RU

Sport und Gebet

Lieber Superintendent Peter Taeger,

Ihre Gedanken zu Sport und Gebet sind auch für einen Atheisten wie mich interessant. Mentales Training „gibt uns Kraft und Sicherheit im Leben“, so schreiben Sie. Es ist sozusagen das Erlernen von Bewältigungsstrategien für Lebensaufgaben und fördert Fähigkeiten, Selbstbewusstsein und Wohlbefinden. Mittlerweile ist es auch ein großer Markt geworden, auf welchem Scharlatane Geld verdienen. Ich bezweifle allerdings, dass man die Vielfalt der Methoden mentalen Trainings allein durch das Gebet ersetzen kann, wie Sie es vorschlagen. Ein Gebet – also eine rituelle Zuwendung an ein transzendentales Wesen – ist doch nur EINE von vielen Möglichkeiten mentalen Trainings. Wem es hilft, der sollte es tun. Ich selbst habe bemerkt: um die Dinge meines Lebens zu bedenken, brauche ich Ruhe. Ich muss mich konzentrieren können und kann dabei nicht noch mit jemandem reden, den ich nicht mal kenne. Sie meinen, das Gebet ist entscheidend dafür, ob etwas wirklich gelingt. Für mich bedeutet das leider: Mir ist gar nichts wirklich gelungen.

Hubert Krawczyk

Faktencheck TTIP+CETA

Was sind CETA und TTIP?

Die Abkürzungen stehen für zwei Handelsabkommen. TTIP wird zwischen der EU und den USA verhandelt. CETA ist ein nach fünf Jahren ausverhandeltes Abkommen zwischen der EU und Kanada.

30 Besucher informierten sich am 28.Mai in Saalfeld beim Bürgerforum mit MdB Ralph Lenkert über die Freihandelsabkommen
Fotos: Birgit Pätzold

Warum sind sie gefährlich?

Weil sie internationalen Konzernen eine Garantie auf Profit geben. Alles, was in Europa die Interessen von Konzernen behindert, soll langfristig aus dem Weg geräumt werden: Gewählte Parlamente sollen entmachtet, Arbeitnehmerrechte geschleift und bewährte Standards beim Umwelt- und Verbraucherschutz geschwächt werden. Zudem soll es für internationale Konzerne eine konzernfreundliche Schattenjustiz geben: private Schiedsgerichte. Vor diesen könnten Konzerne all jene Entscheidungen von Parlamenten anfechten, die ihre Profitinteressen behindern.

Was ändert sich für Konsumenten?

Es besteht die Gefahr, dass sich die Qualität von Nahrung, Trinkwasser, Kosmetik und Umwelt für Konsumentinnen und Konsumenten stark verschlechtert. Nahrung könnte Gentechnik, Pestizide und Wachstumshormone enthalten, weil verbraucherschützende Vorschriften als Handelshemmnisse gelten und abgeschafft oder eingeschränkt werden sollen. Trinkwasser könnte in Zukunft teurer und schlechter werden, denn wegen TTIP und CETA droht die noch stärkere Privatisierung der Wasserversorgung und damit auch eine Verschlechterung der Qualität. Die Umwelt könnte demnächst mit Chemikalien verseucht sein, denn auch in Deutschland droht der Einsatz von Fracking.

Größenvergleich korrekt

Nachtrag zum Thema Windkraft

In seinem Beitrag der Juni-Ausgabe „Kirche im Dorf lassen – keine Angst vor Windkraftanlagen“ wendet sich Thomas Pätzold berechtigt gegen eine Pauschalkritik an Windkraftanlagen. Die wachsende Nutzung der von der Natur bereitgestellten Energien ist alternativlos, jedes Projekt ist im Einzelfall und als solches sachlich zu prüfen.

Ich möchte einige Anmerkungen zu Thomas‘ Bewertung der Resolution des Kreistages machen, die sich für ein Moratorium „Windkraftanlagenbau“ im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt“ ausspricht. Die Resolution wurde von Herrn Tschesch (CDU-Fraktion) eingebracht, der gleichzeitig eine Bürgerinitiative vertritt. Nun ordnet Thomas der Resolution „den Geschmack der Betroffenheit einer Bürgerinitiative“ zu. Ja was denn sonst? Betroffenheit ist das kräftigste Motiv dafür, dass sich Menschen überhaupt in öffentliche Angelegenheiten mischen. Im konkreten Fall handelt die BI keineswegs nach dem Sankt-Florian-Prinzip. Dieses bezeichnet bekanntlich Verhaltensweisen, „potentielle Bedrohungen oder Gefahrenlagen nicht zu lösen, sondern auf andere zu verschieben“ (Wikipedia). Man will aber eine Lösung – nämlich der Entwicklung angepasste gesetzliche Rahmenbedingungen.

Dass die BI mit den Fotos zum Größenvergleich das Mittel der Dramatisierung nutzt, ist normal. Linke tun das tagtäglich. Übrigens ist der Größenvergleich korrekt.

Es stimmt natürlich: Viele der Probleme, die Windkraftanlagen nachgesagt werden, sind seit Jahren erforscht und gelöst. Aber eben nicht alle. Das Bundesumweltamt hatte noch 2011 einen Forschungsauftrag vergeben, welcher ungeklärte Fragen betreffs Infraschall zum Inhalt hatte. Erwartungsgemäß ist der wissenschaftliche Streit nicht beendet. Ich habe der Resolution zugestimmt und zum Antrag folgenden, hier leicht gekürzten Redebeitrag gehalten: Es gab vor Jahren bei der Errichtung der thermischen Verwertungsanlage Streit in Rudolstadt, ob die Anlage eine Gesundheitsgefährdung für Menschen bedeutet.

Es erwies sich, dass die Anlage nicht nur die gesetzlich vorgeschriebenen Parameter gemäß BimschV (Bundesimmisionsschutzverordnung) einhält, sondern wegen der geringen Kapazität bei den meisten Parametern sogar die von Toxikologen geforderte mehrfach geringeren Immission sichert, d.h. die Vorsorgewerte, die mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit keine gesundheitlichen Schäden verursachen. Die Toxikologen hatten nämlich erkannt, dass die Einhaltung nur der gesetzlichen Werte nicht ausreicht.

Nun wollen wir die Energiewende vollziehen mit von der Natur bereitgestellten und nie versiegenden Energieträgern, im gegebenen Fall dem Wind. Die Windräder werden immer leistungsfähiger und höher, aber damit geht eben nicht nur eine Verringerung der Emissionen, in diesem Fall des Schalls, daher...

Solange es keine sicheren Tatbestände gibt, muss das Prinzip der Vorsorgewerte gelten. Das sehen offensichtlich einige Bundesländer auch so und auch in Thüringen läuft dazu die Diskussion. Es geht nicht um die Verhinderung der Energiewende, sondern um die Organisierung einer Energiewende, die nicht nur Profit für Investoren, sondern auch gesundheitliche Unbedenklichkeit für die Menschen bedeutet. Es darf nicht sein, dass fehlende Planungen (hier: der Regionalplan Ostthüringen) und überholte Regelungen bei betroffenen Menschen den Sinn der Energiewende diskreditieren. Es ist deshalb besondere Verantwortung der Bauaufsicht des Landkreises, zunächst erst einmal die bestehenden Spielräume auszunutzen.

Die landesplanerische Abstandsempfehlung für die Regionalplanung der Bund-Länder-Initiative Windenergie heißt: Einzelfallprüfung. Als potentielle Konfliktraum sind 1000 m genannt. Mein Appell an die zuständigen Ämter: Prüfen Sie sorgfältig!

Hubert Krawczyk

Zur Straßenmeisterei

Abstimmungsverhalten im Kreistag

Ich möchte einige Anmerkungen zum Beitrag in der Juni-Ausgabe vom Fraktionsvorsitzenden Andreas Grünschneder „Knappe Entscheidung im Kreistag“ machen, welcher die Zukunft der Kreisstraßenmeisterei zum Inhalt hat.

Die Vorberatung in den Ausschüssen wurde durchgängig nichtöffentlich geführt. Ich war baff, als ich in der Einladung für die Kreistagssitzung den Tagesordnungspunkt (TOP) „Durchführung des Straßenbetriebsdienstes der Kreisstraßen“ wiederum im nichtöffentlichen Teil der Sitzung fand. Auf Anfrage vor der Sitzung konnte der Landrat dafür keine stichhaltige Begründung geben. In der Sitzung selbst hatte dann der Kreistag den TOP zu einem öffentlichen erklärt, ihn behandelt und im Ergebnis einen Beschluss gefasst. Dies war rechtswidrig. Denn wenn der Kreistag die nichtöffentliche Behandlung eines TOP verwirft, so darf dieser erst nach korrekter Bekanntgabe dieses TOP in der Öffentlichkeit in einer späteren Sitzung behandelt werden, wenn er für die laufende Sitzung nicht bekanntgegeben wurde. Ich habe mich deshalb mit einem Schreiben an die Kommunalaufsicht gewandt. Diese hat wegen Nichtzuständigkeit das Schreiben an das Landesverwaltungsamt weitergeleitet.

Am 12.5. fand eine Kreistagssitzung statt, deren öffentliche Bekanntmachung.... für den nichtöffentlichen Teil keine Tagesordnung enthielt. Gemäß §35(6) ThürKO darf die Bekanntmachung der nichtöffentlichen Tagesordnung nur dann entfallen, wenn damit der Zweck der Nichtöffentlichkeit gefährdet wird. Gegen diese Vorschrift wird seit 1990 in vielen kommunalen Vertretungen massiv verstoßen, was aber bisher offensichtlich auch noch niemanden gestört hat. ...Ich stelle fest, dass es für das Versäumnis der Bekanntgabe des TOP keinerlei Sachgründe gibt. Insbesondere war der vermeintliche Zweck der Nichtöffentlichkeit ... durch die Bekanntgabe des TOP keineswegs gefährdet gewesen. Über die Tatsache, dass der Kreistag über die Zukunft der Kreisstraßenmeisterei entscheiden wird, war in der Presse schon berichtet worden. Das Versäumnis der BEKANNTGABE wiegt deshalb umso schwerer, zumal nicht einmal die vorgesehene nichtöffentliche BEHANDLUNG des Themas durch den Landrat glaubhaft begründet werden konnte. Ich bitte Sie um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie bewerten Sie den Beschluss des Kreistages, den TOP trotz fehlender Bekanntmachung in der Sitzung öffentlich zu behandeln?

2. Welche Rechtsfolgen ergeben sich für einen im Rahmen dieses TOP gefassten Beschlusses?

Andreas beendet seinen Beitrag mit den Worten: „Der Antrag der Kreisverwaltung (auf vollständige Fremdvergabe der KSM-Aufgaben – Anm. d. Verf.) wurde mit lediglich zwei Stimmen Mehrheit angenommen, 18 dafür, 16 dagegen, 2 Enthaltungen. Schade, dass die zwei Enthaltungen aus unserer Fraktion kamen.“ Mein Standpunkt: Ich hatte vor der Abstimmung dem Kreistag erklärt, dass ich aufgrund der Rechtswidrigkeit des Verfahrens keinerlei Anträgen zum TOP zustimmen werde. Für mich war dies das einzig mögliche und konsequente Abstimmungsverhalten.

Übrigens hatten mehrere Kreistagsmitglieder überhaupt nicht mit abgestimmt. Sie hatten wohl den Überblick verloren.

Hubert Krawczyk

Widerrechtliche Kündigungen bei einer Tochterfirma der Mediengruppe Thüringen?

Rainer Kräuter, gewerkschaftspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, macht auf einen Fall massenhafter, mutmaßlich widerrechtlicher Kündigungen und eine haarsträubenden Taktik, „freiwillige“ Aufhebungsverträge abzuschließen, aufmerksam.

Ende 2014 hatte die Zeitungsgruppe Thüringen (ZGT, inzwischen Mediengruppe Thüringen, MGT) über ein Tochterunternehmen Teile des insolventen CMAC-Verlags (Erfurt) gekauft und dessen Vertriebs-, Logistik- und Beilagengeschäft übernommen, darunter das Anzeigenblatt „Die Hallos“. Die zu diesem Zweck neu gegründete „INKO Logistik GmbH“, eine 100-prozentige Tochter der ZGT, verpflichtete sich, einen Teil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rahmen eines Betriebsübergangs zu übernehmen. Die bisherigen Arbeitsverträge sollten entsprechend der gesetzlichen Regelungen fortgelten.

Obwohl bei einer Betriebsübernahme die Arbeitsverhältnisse für ein Jahr unkündbar sind, wurde die übernommene Belegschaft bereits nach fünf Monaten – nach Auffassung der Geschäftsführung fristgerecht – gekündigt. Den Gekündigten wurde eine einmalige Prämienzahlung angeboten. „Wollte man hier möglicherweise gerechtfertigten Kündigungsschutzklagen mit vergleichsweise geringem finanziellem Einsatz vorbeugen“, fragt Kräuter. Er weist zudem auf Informationen hin, wonach die Kunden der INKO Logistik in ein anderes Tochterunternehmen der ZGT umgeschichtet worden seien und für INKO Logistik keine Aufträge mehr existierten. Rainer Kräuter: „Schaltet man so die Konkurrenz aus?“

Dem Landtagsabgeordneten liegen zudem Unterlagen vor, aus denen ersichtlich sei, dass die INKO Logistik-Chefetage mit leitenden Angestellten Prämienzahlungen vereinbart habe, eine Art von Kopfprämien für den Abschluss von Aufhebungsverträgen mit den Beschäftigten. Rainer Kräuter zeigt sich entsetzt, „wie dieses Unternehmen mit seinen Beschäftigten umgeht“. Er sei gespannt, wie in dem einen oder anderen Fall die juristische Entscheidung über solche Praktiken ausfallen werde.

Rainer Kräuter betont, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihre Rechte nur wirksam schützten und vertreten können, wenn sie sich in Gewerkschaften organisieren sowie Betriebs- und Personalräte wählen. Er hoffe, „dass sich die Beschäftigten der INKO Logistik einen starken Partner suchen, beispielsweise für die Klärung der wichtigen Frage, ob durch die Zeichnung der Aufhebungsverträge eine dreimonatige Sperrfrist für die Zahlung der Transferleistungen durch die Arbeitsämter eintritt“. Gewerkschaften seien dafür der richtige Partner, so der Abgeordnete abschließend.

25 Jahre Landesverband Thüringen

Am 30.6./1.7.1990 wurde der Landesverband der PDS Thüringen aus den Bezirksverbänden Erfurt, Gera und Suhl gegründet. Das war ein weiterer Schritt auf dem Weg der Erneuerung der PDS hin zu einer demokratisch-sozialistischen Partei in Thüringen und in der Bundesrepublik.

Das ist uns Anlass, sich der vergangenen 25 Jahre zu erinnern und die Frage zu beantworten, wer/was die PDS 1990 war und welchen Stellenwert DIE LINKE im politischen Gefüge des Landes Thüringen im Jahr 2015 hat.

Im Beschluss des Landesvorstandes heißt es unter anderem: Mit dem „Gründungsreferat“ 1990 wurden die politisch-strategischen Grundlagen für die Arbeit des Landesverbandes, dessen entscheidenden Prinzipien seit dem die weitere Aufarbeitung unserer eigenen Geschichte unter dem Stichwort des unwiderruflichen Bruchs mit dem Stalinismus als System und zum zweiten die konsequente Hinwendung der Partei in die Gesellschaft, vor allem in den Kommunen, wurden.

Alle Versuche, die PDS/DIE LINKE von der Bildfläche verschwinden zu lassen, sind gescheitert. Im Gegenteil: Ankerpunkt für unseren Landesverband war immer die feste Überzeugung, dieses Land sozialer und gerechter gestalten zu können. Unter dieser Maxime haben wir seit 1990 zusammen gearbeitet und gestritten. Der Zuspruch, den unsere Politik von den Menschen in Thüringen bekam, wurde stetig größer.

Der Landesverband, insbesondere die Mitglieder der Landesvorstände seit 1990 und dabei ganz besonders die bisherigen Vorsitzenden Gabi Zimmer, Dieter Hausold, Knut Korschewsky und Susanne Hennig-Wellsow, haben das Bild der Partei und die inhaltliche Ausrichtung in den vergangenen Jahren maßgeblich geprägt. Dazu haben auch die bisherigen Fraktionsvorsitzenden im Landtag Klaus Höpcke, Ronald Hahnemann, Ursula Fischer, Birgit Klaubert, Gabi Zimmer, Werner Buse, Dieter Hausold, Bodo Ramelow und jetzt Susanne Hennig-Wellsow beigetragen.

DIE LINKE Thüringen

Größte Flüchtlingswelle seit 2.Weltkrieg

Flüchtlinge als Neubürger willkommen heißen!

Durch die wachsende Zahl von Kriegen und der Intoleranz gegenüber anderen Religionen und Völkern erleben wir die größte Flüchtlingswelle seit dem Zweiten Weltkrieg. Waffen aus Deutschland werden weltweit in Konflikten eingesetzt, deutsche Rüstungsfirmen machen Profite mit Kriegen. Für den völkerrechtswidrigen Krieg im Irak lieferte der BND den USA gefälschte Vorwände. Dieser Krieg war der Auslöser der Kämpfe rings um den Islamischen Staat.

Nach dem Beginn des Bürgerkrieges 1991 in Somalia fischten internationale Fischfangflotten die reichen Fischgründe vor Somalia leer und raubten den somalischen Fischern die Lebensgrundlage. Als die Fischer aus Hunger teilweise zu Piraten mutierten zerstörte die NATO Piraten- und Fischerboote. Was hat Deutschland gegen die Ausbreitung der Konflikte und des Hungers unternommen? Nichts! Jetzt fliehen tausende Iraker, Syrer, Somali und andere Kriegs- und Hungerflüchtlinge nach Europa. Ja, auch Deutschland ist dafür verantwortlich. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) rechnet mit 450.000 Flüchtlingen für 2015, der Thüringer Anteil beträgt 12.240 Personen.

Bei der Regierungsübernahme von Rot-Rot-Grün am 6.12.2014 gab es nur 600 Erstaufnahmeplätze für Flüchtlinge. Die Einrichtung in Eisenberg war damit absolut überbelegt. Zu wenig Personal, Unterbringung in Containern, Belegung von Sozialräumen als Schlafstätten und eine aus der Überbelegung resultierende Überlastung der medizinischen und sozialen Betreuung führten zu Spannungen in der Einrichtung und in Eisenberg.

Als erste Lösung wurden in Suhl zusätzliche 900 Plätze geschaffen. Insgesamt werden 2.500 Plätze in Erstaufnahmeeinrichtungen gebraucht. Die Bundesregierung ist in der Pflicht, dass innerhalb von 3 Monaten über Aufnahmeanträge entschieden wird. Ohne Bleiberecht erhalten Flüchtlinge kaum Sprachkurse, dürfen über Monate nicht arbeiten und erhalten keine Schulung zu Sitten und Bräuchen in Deutschland.

Die Bundesregierung stockt die Mittel für die Flüchtlinge dieses Jahr um eine Milliarde Euro auf. Danke – aber fünf Milliarden Euro wären notwendig. Für Rüstung stehen 2015 mehr als 32 Milliarden und für die Auslandseinsätze 500 Millionen im Haushalt – da kann man umverteilen.

Zwei Schwerpunkte sind mir wichtig: Beseitigung der Not in den Heimatländern und gute Integration von Flüchtlingen. Die Katastrophen im Mittelmeer bestürzen uns alle. Es ist keine Lösung Menschen auf der Flucht sterben zu lassen. DIE LINKE will Fluchtursachen beseitigen. Mehr Entwicklungshilfe statt Waffen, Diplomatie statt Kriegshysterie wären notwendig.

Das Unbekannte erzeugt Angst deshalb sind persönliches Kennenlernen – am Arbeitsplatz, in Vereinen oder Begegnungen im täglichen Leben wichtig um Vorurteile abzubauen. Wir möchten Flüchtlinge zu Neubürgern machen, die wir verstehen

Ralph Lenkert, Thüringer Abgeordneter für den Deutschen Bundestag (Jena, Gera und den Saale-Holzland-Kreis) der Fraktion DIE LINKE

und die in unseren Kultur- und Wertekreis integriert werden.

Die Würde des Menschen ist unantastbar – so steht es im Grundgesetz in Artikel eins. Das Grundgesetz gilt für alle Bürgerinnen und Bürger und auch für Flüchtlinge.

Leben Flüchtlinge in unseren Kommunen hat dies Auswirkungen, mancher Schulstandort würde gesichert, mancher Handwerker könnte seine freien Stellen besetzen und manchem Gemeindehaushalt würde die erhöhte Schlüsselzuweisung für Flüchtlinge (zählen als Einwohner) helfen.

Ralph Lenkert, MdB

„Grassierende politische Methode“

Herr Dr. Wilde begründet seine Ablehnung des 8. Mai als Gedenktag der Befreiung vom Nationalsozialismus mit dem Schutz der „Opfer des 8.Mai“ und kritisiert „die grassierende politische Methode, alles in einen Topf zu werfen“. Genau dies tut er aber selbst. Denn der Vorschlag der LINKEN, den 8.Mai als Gedenktag der Befreiung vom Nationalsozialismus zu begehen, ist keineswegs als universeller Befreiungs-Gedenktag zu verstehen. Den wird es auch nie geben können. Es geht vielmehr um die Befreiung von einer singulären, in der Weltgeschichte einmaligen Mordmaschinerie, die ganz Europa mit Krieg überzogen und ein ganzes Volk industriemäßig gänzlich ausrotten wollte. Die Wortkonstruktion Herrn Dr. Wildes „Opfer des 8. Mai“ ist absurd. Ex-Bundespräsident Richard von Weizsäcker sagte im Bundestag anlässlich des 40. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges in Europa: „Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.... Aber wir dürfen nicht im Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen. Sie liegt vielmehr in seinem Anfang und im Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Krieg führte.“

Hubert Krawczyk

Danke für Ihre Spende

DIE LINKE. Saalfeld-Rudolstadt

IBAN:
DE67830503030000450022

Anstoß

redaktion.anstoss@gmx.de

Impressum: V.i.S.d.P: Kreisvorstand • **DIE LINKE. Kreisverband Saalfeld - Rudolstadt** • Saalstr.38 – 07318 Saalfeld • Geschäftszeiten: Di 9.30 - 12.00 Uhr • Tel.: 03671 515 488 • E-Mail: rgeschaeftsstelle@die-linke-saalfeld-rudolstadt.de • Bankverbindung: IBAN: DE67 8305 0303 0000 4500 22 - BIC:HELADEF1SAR • **kostenlos, aber nicht umsonst: um Spende wird gebeten** Redaktionsschluss: **30.06.2015** • Die nächste Ausgabe erscheint voraussichtlich **am 18.07.2015 (online) und am 28.07.2015 (gedruckt)** • Zuarbeiten, Beiträge, Wortmeldungen und Termine bitte in der Geschäftsstelle abgeben oder an die Redaktion per Mail senden spätestens **bis 13.07.2015 an redaktion.anstoss@gmx.de** • Namentlich unterzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Autors dar und sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Es besteht kein Recht auf Veröffentlichung unaufgefordert zugesandter Beiträge. Die Redaktion behält sich das Recht vor, Beiträge sinnwahrend zu kürzen.

Termine, Termine

- **Di 14. Juli 2015 – 14.00 Uhr**
  „Zum Pappenheimer“ Saalfeld
  Seniorentreff
- **Mo 20. Juli 2015 – 18.00 Uhr**
  Geschäftsstelle im HASKALA
  Kreisvorstand
- **Di 21. Juli 2015**
  Wandergruppe (s.S. 12)
- **Di 21. Juli 2015 – 18.00 Uhr**
  Geschäftsstelle im HASKALA
  Stadtvorstand Saalfeld
- **Mo 27. Juli 2015 – 19.00 Uhr**
  „Brummochse“ Rudolstadt
  Mitgliedertreff, Bürgergespräch
  und öffentliche Beratung
  Stadtvorstand Rudolstadt
- **Di 11. Aug 2015 – 14.00 Uhr**
  „Zum Pappenheimer“ Saalfeld
  Seniorentreff
- **Mo 17. Aug 2015 – 18.00 Uhr**
  Geschäftsstelle im HASKALA
  Kreisvorstand
- **Di 18. Aug 2015**
  Wandergruppe
- **Mo 21. Sep 2015 – 18.00 Uhr**
  Weimar, Weimarhalle
  Regionalkonferenz
  Nord- und Mittelthüringen
- **Mi 23. Sep 2015 – 18.00 Uhr**
  Oberhof – Regionalkonferenz
  West- und Südthüringen
- **Sa 26. Sep 2015**
  10.00 -14.00 Uhr
  Gera, Comma
  Landesbasis- und Regional-
  konferenz Ostthüringen
- **Sa 07.Nov 2015 – 9.00 Uhr**
  Sportschule Bad Blankenburg
  Gesamtmitgliederversammlung
  mit Wahlen
- **Fr 13. bis So 15. Nov 2015**
  Stadthalle Gotha
  5. Landesparteitag 1. Tagung

Die nächste Mitgliederversammlung der Basisorganisation

_____

ist am _____ um ____ Uhr

Ort: _____

Wahlkreisbüro MdL Rainer Kräuter
Kirchplatz 1 - 07422 Bad Blankenburg
Mo 13-16 Di 15-18 Do 10-16
und nach Vereinbarung: 0174 393 2 393
fon: 036741 73 92 19
mail: kraeuter@die-linke-thl.de
rainer-kraeuter.de

Regierungsdelegation der DDR am 6.Juli 1950 in Zgorzelec u.a.: Otto Grotewohl, Ministerpräsident der DDR und Józef Cyrankiewicz, Ministerpräsident Polens

Attribution: Bundesarchiv, Bild 183-R87570 // CC-BY-SA

6.Juli

Wandergruppe am 21.Juli 2015 Landesgartenschau Schmalkalden

Wir fahren mit Hugo zur Landesgartenschau nach Schmalkalden. Dort kann jeder tun, was er gern möchte. Wir treffen uns dann am Bus wieder zur gemeinsamen Heimfahrt.

So fährt Hugo:

SLF Krankenhaus	8.00
Promenadenweg	8.05
Dürerstraße	8:10
Bahnhof Saalfeld	8.15
Gorndorferstraße	8.20
Geraerstraße	8.22
Kamsdorf	8.30
U'born Teich	8.35

Rückfahrt ab Schmalkalden zwischen 15 und 16 Uhr. Es ist kein Essen bestellt. Jeder kann essen, wo es ihm gefällt - oder sein Essen mitbringen.

Preis etwa 25 Euro, im Preis enthalten sind der Eintritt und die Fahrt.

Vorschau August – bitte anmelden:

Am 18.08.2015 fahren wir wieder mit „Hugo“ nach Tettau. Dort besuchen wir das Tropenhaus „Klein Eden“. Hier werden durch Abwärme eines Glaswerkes Treibhäuser geheizt, damit man Tropenpflanzen anbauen kann.

Mittagessen gibt es in Steinbach am Wald, danach besuchen wir in Neuhaus die Firma „Greiner Glas“. Hier gibt es dann auch Kaffee und Kuchen.

Preis 40 Euro, im Preis enthalten sind: zweimal Eintritt, das Mittagsessen, das Kaffeetrinken und die Fahrt.

Interessenten melden sich bitte ab sofort bei Bärbel Frischbier,

Tel 03671 61 30 48.

Jugend- und Wahlkreisbüro “Haskala”
Katharina König (MdL) Saalstraße 38, 07318 Saalfeld
Tel.: 03671 - 515489 Fax: 03671 - 515490
www.haskala.de info@haskala.de
Mo 11-16 Uhr
Di 11-16 Uhr
Do 13-18 Uhr
Fr 13-18 Uhr
השכלה HASKALA
IDEE AUFKLÄRUNG VERSTAND

65 Jahre Görlitzer Abkommen

Im Potsdamer Abkommen (2.8.1945) wurde festgelegt, dass die Westgrenze Polens „die früher deutschen Gebiete östlich der Linie, die von der Ostsee unmittelbar westlich von Swinemünde und von dort die Oder entlang bis zur Einmündung der westlichen Neiße und die westliche Neiße entlang bis zur tschechoslowakischen Grenze verläuft...“. Die endgültige Festlegung der Grenze sollte bis zu einer Friedenskonferenz zurückgestellt werden. Dabei wurde auch die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung festgelegt. Gerade um diese Grenze gab es bis 1990 heftige Auseinandersetzungen.

Das Anliegen der 1949 gegründeten DDR war es, mit dem polnischen Nachbarn ein neues Verhältnis aufzubauen. Dazu gehörte auch die Anerkennung der polnischen Westgrenze. Im Sommer 1950 unternahm die DDR-Regierung die entscheidenden Schritte. Am 6. Juni 1950 wurde in Warschau eine Deklaration über die Oder-Neiße-Grenze unterzeichnet. Am 6. Juli 1950 wurde das Abkommen von Görlitz über die Grenze zwischen der DDR und der VR Polen signiert. Beide Ministerpräsidenten – Otto Grotewohl und Jozef Cyrankiewicz – setzten ihre Unterschrift darunter.

In der BRD gab es dagegen heftige Proteste. Viele Jahre noch wurden die deutschen Grenzen mit denen von 1937 dort verwendet und „unter polnischer Verwaltung“ dargestellt. Der Kalte Krieg verhinderte die vorgesehene Friedenskonferenz und damit auch die endgültige Anerkennung der polnischen Westgrenze durch die BRD. Erst 1990 sah sich die BRD gezwungen, die Oder-Neiße-Grenze als endgültige Westgrenze Polens anzuerkennen. Damit wurden durch den 2+4-Vertrag nicht die Vorstellungen Adenauers über die Grenzen von 1937, sondern die der Siegermächte, die auch die der DDR waren, umgesetzt.